



Industrie Energie

NEWSLETTER DER IG METALL FÜR EINE NACHHALTIGE INDUSTRIE-, STRUKTUR- UND ENERGIEPOLITIK

Zum Grünbuch
der Bundesregierung

Seite 2

Branchentagung der IG Metall
Energieanlagen-Kraftwerksbau

Seite 3

Branchentagung der IG Metall
Heizungsindustrie

Seite 4

1
2015

INDUSTRIEPOLITISCHE KONFERENZ „EUROPA 2020“ DER IG METALL

Realwirtschaft stärken

Industriepolitik spielt nicht nur in Deutschland, sondern auch auf europäischer Ebene wieder eine stärkere Rolle. Das wurde auf der industriepolitischen Konferenz der IG Metall in Kooperation mit der Hans-Böckler-Stiftung am 26. März 2015 in Brüssel deutlich. Die EU-Kommission hat sich zum Ziel gesetzt, bis 2020 in allen Mitgliedstaaten den Anteil der Industrie am Bruttoinlandsprodukt auf 20 Prozent zu steigern. Die Praxis hinkt diesem Vorhaben jedoch weit hinterher. Die Konferenz mahnte deshalb einen Kurswechsel in Europa an, um die industrielle Realwirtschaft zu stärken.



Wolfgang Lemb, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, fordert von der EU-Kommission eine gezielte Industrieförderung.

315 Milliarden Euro will die EU-Kommission in den kommenden Jahren mobilisieren, um die europäische Industrie zu unterstützen. Hierbei geht es vor allem um Garantien für private Investitionen in risikobehaftete Projekte und langfristige Investitionen. Ob diese Gelder aber tatsächlich in die reale Wirtschaft, insbesondere in sozial und ökologisch nachhaltige industrielle Investitionen fließen, ist ungewiss.

Die IG Metall sieht jedenfalls erheblichen Handlungsbedarf, wie Wolfgang Lemb, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, auf der Veranstaltung betonte. „Der Juncker-Plan ist ein guter Anfang. Er muss aber zu einem echten Investi-

tionsfonds, der auch direkt investiert, ausgebaut werden.“ Durch eine gezielte Industrieförderung, so Lemb, müsse eine möglichst große Vielfalt an technologischen Kompetenzen aufgebaut und weiterentwickelt werden. Vor allem in den Feldern Energiewende, nachhaltige Mobilität, Digitalisierung sowie bei den Sozial- und Gesundheitsdiensten sieht er ein riesiges Innovationspotenzial für die europäische Industrie. Politik und Industrie seien gefordert, eine klima- und ressourcenschonende Produktion zur Grundlage ihres Handelns zu machen. „Es geht darum, besser statt billiger zu produzieren“, betonte Lemb. Überdies forderte er, durch

konsequente Qualifizierung und Weiterbildung das Knowhow der Beschäftigten auf dem neuesten Stand zu halten. Denn sie seien es vor allem, „die durch Innovationen die betrieblichen Abläufe und Produkte verbessern und so zum Unternehmenserfolg beitragen.“

INDUSTRIEPOLITIK WIRD WICHTIGER

Carlo Pettinelli, Direktor Nachhaltige Entwicklung und Europa 2020, GD GROW, ließ erkennen, dass der EU-Kommission eine neue Industriepolitik wichtig sei. Ihr gehe es insbesondere darum, einen echten Binnenmarkt zu schaffen. Dazu seien weitere gesetzliche Schritte nötig, um die unterschiedlichen Rechtssysteme in Europa anzugleichen. Als Beispiele nannte Pettinelli einheitliche Vorschriften für öffentliche Ausschreibungen oder zur Förderung öffentlich-privater Partnerschaften. Die EU-Kommission wolle ganze Wertschöpfungsketten grenzübergreifend stärken sowie neue Handels- und Investitionsstrukturen stützen. Ferner werde sie fortschrittliche Produktionskonzepte fördern: intelligente Systeme, die weniger Ressourcen verbrauchten, „grüne“ Technologien, den digitalen Binnenmarkt.

Was passiert, wenn die industrielle Basis bröckelt, zeigte Tim Page, Leiter Politik beim Trades Union Congress (TUC) Großbritannien, am Beispiel England. Ausführlich beschrieb er die weit reichenden Folgen der Liberalisierung der Wirtschaft unter Magret Thatcher. Die damit einher gehende De-Industrialisierung in den 1970er Jahren habe verheerende Auswirkungen auf die Arbeitsplätze und Arbeitsbedingungen der Beschäftigten sowie auf den Wohlstand der Bürgerinnen und Bürger gehabt. Page warnte: „Sind erst einmal industrielle ➤“

► Fortsetzung von Seite 1

Strukturen zerschlagen, lassen sie sich nur äußerst mühsam wieder aufbauen.“ Dennoch zeigte sich der englische Gewerkschafter mit Blick auf die Zukunft optimistisch. Den industriellen Auftrieb in China betrachtete er durchaus als Chance für die europäische Industrie. Wichtig sei – wie vom Europäischen Gewerkschaftsbund gefordert – eine aktive Innovationspolitik und konkrete Investitionen. Auch plädierte er für eine stärkere Beteiligung der Gewerkschaften an industriepolitischen Entscheidungen nach dem Vorbild des deutschen Mitbestimmungsmodells. Eine zukunftsgerichtete europäische Industriepolitik müsse auf intelligente und nachhaltige Produkte sowie auf Bildungskonzepte setzen, die auch Beschäftigten unterhalb des Hochschulabschlusses gute Entwicklungsmöglichkeiten böten.

MITBESTIMMUNG STÄRKEN

Auf der anschließenden Podiumsdiskussion mit Vertreterinnen und Vertretern der EU-Kommission (Eliana Garces Tolon), des Europäischen Parlaments (Martina Werner) und Vorsitzenden von Euro-Betriebsräten (EBR) aus Großunternehmen (Airbus, Alstom, ArcelorMittal) standen nachhaltige Strategien für eine zukunftsorientierte Industriepolitik im Mittelpunkt.

So erinnerte Marc Ambiaux, Vorsitzender des Airbus-EBR daran, dass es sich bei der EU um ein föderales Gebilde handle, das sich oft schwer tue, den Interessen von Unternehmen und Beschäftigten in unterschiedlichen Ländern nachzukommen.

Eine zukunftsorientierte europäische Industriepolitik müsse vor allem auch die



Auf dem Podium: Marc Ambieaux, Eliana Garces Tolon, Petra Pinzler (Moderation), Alberto Villalta, Martina Werner, Kai Müller (von links nach rechts).

Beteiligung von Gewerkschaften und Arbeitnehmern stärken, betonte Kai Müller, EBR-Vorsitzender von Alstom. Dabei gelte es, auf unterschiedlichen Mitbestimmungskulturen in den einzelnen Mitgliedstaaten aufzubauen und ein europäisches Mitbestimmungsmodell mit weit reichenden Arbeitnehmerrechten zu schaffen.

Alberto Villalta, EBR-Vorsitzender von ArcelorMittal, kritisierte die „soziale Marginalisierung“ von Arbeit durch die fortschreitende De-Industrialisierung in Spanien. Prekäre Arbeit nehme immer stärker zu. Die spanischen Unternehmen seien es nicht gewohnt, den Gewerkschaften Mitsprache einzuräumen. Daher müsse auf europäischer Ebene die Beteiligung der Arbeitnehmervertretungen und insbesondere die Rolle der Gewerkschaften klarer geregelt werden.

Dass man in der EU-Kommission das Wort „sozial“ bisher nicht allzu häufig hört, habe

damit zu tun, dass Beschäftigte in vielen Studien, auf die sich die EU-Kommission beziehe, lediglich als Produktivkräfte und Kostenstellen betrachtet würden, berichtete Eliana Garces Tolon. Die Tatsache, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer über ein hohes Wissen, fachliches Knowhow und kreative Ideen verfügten, die sie in Innovationsprozesse einbringen könnten, werde vielfach unterschätzt.

Einig waren sich alle Podiumsteilnehmer, dass die EU umdenken müsse. Es komme nicht nur darauf an, Pläne auszuarbeiten, wie die Industriepolitik in Europa weiterentwickelt und die De-Industrialisierung gestoppt werden könne. Genauso wichtig sei, Maßnahmen schneller umzusetzen: eine Road-Map zum industriellen Wandel, nachhaltige Beschäftigungsprogramme und „einen Garantiefonds mit großer Hebelwirkung“, wie Martina Werner betonte.

GRÜNBUCH DER BUNDESREGIERUNG

Energiewende und Industriepolitik verknüpfen

Die Debatte über einen Strommarkt für die Energiewende steht aktuell ganz oben auf der 10-Punkte Energie-Agenda des Bundeswirtschaftsministeriums. Mit dem jetzt vorliegenden Grünbuch „Ein Strommarkt für die Energiewende“ legte die Bundesregierung eine Diskussionsgrundlage für die anstehenden Entscheidungen vor.

Das Grünbuch ist aus Sicht der IG Metall ein wichtiger Schritt in Richtung einer ganzheitlichen Systemgestaltung der Energiewende. Deren Erfolg werde maßgeblich davon abhängen, ob es gelingt, verlässliche Rahmenbedingungen für die Transformation der Energieerzeugung zu gestalten. Hier habe es in den letzten Jahren an politischer Steuerung gemangelt.

Die IG Metall hebt in ihrer Stellungnahme zum Grünbuch des Bundeswirtschaftsministeriums hervor, wie wichtig es ist, Energiewende und Industriepolitik miteinander zu verknüpfen. Für ein hochentwickeltes Industrieland wie Deutschland habe eine zuverlässige Stromversorgung zu wettbewerbsfähigen Kosten einen sehr hohen Stellenwert. Viele der vorgeschlagenen



Diskussionsrunde auf der Branchentagung Energieanlagen-Kraftwerksbau.

► Fortsetzung von Seite 2

Maßnahmen hält die IG Metall im Kern für richtig und unterstützt ihre möglichst zügige Umsetzung.

Wichtige Anforderungen sind aus Sicht der IG Metall:

- ✘ Jetzt müssen die Grundlagen dafür geschaffen werden, dass eine fluktuierende Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien einerseits und eine jederzeit gesicherte Stromversorgung andererseits in einem veränderten Strommarktdesign möglichst kosteneffizient organisiert werden können.
- ✘ Bei Flexibilitätsoptionen, wie beispielsweise der Verschiebung von Lastzeiten, müssen die sozialen Folgen – etwa die

Auswirkungen auf die Arbeitszeiten der Beschäftigten – geprüft werden.

- ✘ Es müssen verlässliche Rahmenbedingungen geschaffen werden, um Investitionen zu ermöglichen. Auch soll die technologische Kompetenz der Industrie am Markt wieder eine Chance bekommen. Das sichert Arbeitsplätze im Energieanlagenbau und in den Zulieferbranchen.
- ✘ Es sind Schritte zur Einführung von Kapazitätsmechanismen festzulegen; ein erster Schritt wäre die Ausgestaltung einer Kapazitätsreserve.

Die anstehenden Entscheidungen über ein neues Strommarktdesign haben unmittelbare Auswirkungen auf die Investitionsgüterindustrie und die Beschäftigung. Des-

halb hat die IG Metall ihre Anforderungen in enger Abstimmung mit den Betriebsräten aus dem Energieanlagenbau formuliert. Die politische Debatte soll bei einem Fachgespräch der IG Metall zum Thema „Energiewende und Strommarkt“ am 1. Juli 2015 in Berlin weitergeführt werden.

Veranstaltungshinweise

BRANCHE WINDENERGIE:

Das erste Netzwerktreffen der Branche, gemeinsam organisiert vom IG Metall-Bezirk Küste und vom Ressort Industrie-, Struktur- und Energiepolitik beim IG Metall Vorstand, findet am 30. Juni 2015 in Hamburg statt.

FACHGESPRÄCH ENERGIEWENDE UND STROMMARKT:

Das Ressort Industrie-, Struktur- und Energiepolitik veranstaltet dieses Gespräch am 1. Juli 2015 in Berlin in der Landesvertretung Niedersachsen.

- Anmeldungen über sarah.menacher@igmetall.de

Tagungsbericht

BRANCHENTAGUNG ENERGIEANLAGEN-KRAFTWERKSBAU: INNOVATIVE, HOCHEFFIZIENTE KRAFTWERKSTECHNIK WIRD WEITERHIN GEBRAUCHT!

Auf der IG Metall-Branchentagung Energieanlagen-Kraftwerksbau Mitte März befassten sich die teilnehmenden Betriebsräte mit Fragen eines neuen Strommarktes und erörterten mögliche Folgen für die Arbeitsplätze in der Branche. Wolfgang Lemb, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, thematisierte die Zukunft des konventionellen Energieanlagenbaus.

Die Energiewende, die von der IG Metall mitgetragen wird, hat zweifellos direkten Einfluss auf die wirtschaftliche und auf die Beschäftigungssituation der Branche. Kohle und Gas werden zwar noch über Jahrzehnte gebraucht, allerdings mit deutlich reduzierten klimaschädlichen CO₂-Emissionen. Aus Sicht der IG Metall ist daher eine Übergangstechnologie erforderlich. Bestehende Kohle- und Gaskraftwerke sollten grundlegend modernisiert und es müssten gegebenenfalls hoch effiziente Neubauten geschaffen werden,

forderte Wolfgang Lemb. „Wir brauchen weiterhin moderne und effiziente Kraftwerksneubauten“, so der Metaller. „Aber gerade auch der Umbau (Retrofit) des bestehenden Kraftwerksparks in Deutschland ist dringend geboten.“

Die IG Metall will deshalb eine Initiative zur Beschäftigungs- und Zukunftssicherung des konventionellen Energieanlagen- und Kraftwerkbaus starten. Sie möchte dazu mit Vertretern aus Politik und Konzernleitungen ins Gespräch kommen. Ein „10-Punkte-Papier“ mit den Forderungen der IG Metall wird bereits vorbereitet. Auch das „Bündnis für Industrie“ und den „Branchendialog Maschinenbau“ will Wolfgang Lemb für diese Initiative nutzen.

Ein derzeit in Arbeit befindlicher Branchenreport soll die Positionen der IG Metall beim Branchendialog argumentativ stützen. Auftraggeber ist die Hans-Böckler-Stiftung. Torsten Sundmacher von Sustain Consult

stellte auf der Tagung die Schwerpunkte dieses Energieanlagen-Reports vor.

Die Themen „EEG 3.0 und Strommarktdesign“ und die Stellungnahme der IG Metall zum Grünbuch „Ein Strommarkt für die Energiewende“ des Bundeswirtschaftsministeriums waren die weiteren Themen dieser Veranstaltung. In diese Stellungnahme, die Angelika Thomas vom Vorstand der IG Metall erläuterte, sind auch die Belange der Betriebsräte des Energieanlagenbaus eingeflossen. Sie bedankte sich für die Unterstützung.

Zu allen Vorträgen fanden rege Diskussionen statt. In Arbeitsgruppen befassten sich die Teilnehmer mit der Zukunftssicherung der Branche und diskutierten entsprechende Strategien. Für das „10-Punkte-Papier“ formulierten sie ihre Anforderungen.

- Weitere Informationen über michael.jung@igmetall.de

Tagungsbericht

BRANCHENTAGUNG HEIZUNGSINDUSTRIE: INVESTITIONSBREMSE LÖSEN – MARKANREIZE SCHAFFEN – QUALIFIKATION AUSBAUEN

Die politischen Rahmenbedingungen der Energiewende und deren Auswirkung auf die Arbeitsplätze in der Branche Heizungsindustrie standen im Mittelpunkt der Tagung Ende März, auf der Betriebsräte aus fast allen führenden Unternehmen vertreten waren.

Die Energiewende stellt die deutsche Heizungsindustrie mit ihren 30 000 Beschäftigten vor besondere Herausforderungen. Dies gilt für den europäischen als auch für den globalen Wettbewerb. Ihr Marktanteil in Europa liegt bislang bei 60 Prozent. Kennzeichnend für die Branche ist eine hohe Produktvielfalt – von klassischen Gasgeräten, Großkesseln, Wärmepumpen, Klimatechnik bis hin zu Holz-Pellets-Öfen, Solarthermie, Hybridsystemen und Brennstoffzellentechnologie.

Die wirtschaftliche und beschäftigungspolitische Situation in den Unternehmen der Heizungsindustrie ist relativ solide. Im Herbst dieses Jahres wird das Energieeffizienzlabel für Neugeräte europaweit eingeführt. Es eröffnet der Branche Chancen für neue Absatzmärkte im fossilen Brennbereich, da nun die Brenn-

wert-Technik ausschließlich zu nutzen ist. Hierbei sind die deutschen Unternehmen führend.

Die wachsende Vielfalt der am Markt angebotenen Heizsysteme stellt nicht nur die Beschäftigten der Heizungsindustrie, sondern auch die des Sanitär- und Heizungshandwerks vor wachsende Probleme. Der Mangel an qualifizierten Mitarbeitern im Fachhandwerk verschärft sich. Ihm kann nur durch größere Ausbildungs- und Qualifizierungsanstrengungen entgegengewirkt werden. Zudem stellt die Schnittstelle von der Industrie zum Handwerk seit Jahren ein großes Problem dar, da die hohen technischen Entwicklungssprünge der Geräte und Systeme aufgrund mangelnder Qualifizierung im Handwerk oft zu „Brüchen“ in der Anwendung führen. Diese Schwachstelle muss durch eine stärkere Zusammenarbeit der Industrie- und Handwerksverbände gelöst werden.

Nahezu 14 Millionen Heizkessel in Deutschland gilt es in den nächsten zehn Jahren auf den aktuellen Stand der Technik zu bringen und damit die Investitions-

bremse in der Branche zu lösen. Diese Anlagen zu modernisieren, würde deutliche Energieeffizienzsprünge ermöglichen. Man geht von einem Einsparpotenzial von rund 15 Prozent aus, berichtete der Geschäftsführer des Heizungsverbandes BDH, Andreas Lücke, auf der Tagung. Um dieses Potenzial zu heben, bedarf es entsprechender Marktanreizprogramme des Bundeswirtschaftsministeriums, die über die neuerlich justierte Förderung für Solarthermie, Biomasse und Wärmepumpen hinausgehen.

Die Heizungsindustrie selbst muss dafür sorgen, dass die hocheffizienten Anlagen nicht nur in Deutschland entwickelt, sondern auch hierzulande produziert werden. Dies war eine der Kernforderungen der Betriebsräte auf der Branchentagung. Aus- und Weiterbildung in Industrie und Handwerk bleiben Dreh- und Angelpunkt für den Erhalt der Technologieführerschaft und damit der Wettbewerbsfähigkeit. Die Themen „Investitionsbremse“ und „Qualifizierung“ wird die IG Metall in das Bündnis „Zukunft der Industrie“ einbringen.

Vorankündigung

INVESTITIONSPOLITISCHE KONFERENZ DER IG METALL: 23. JUNI 2015 IN BERLIN

Der Investitionsstau in Deutschland und Europa ist Gegenstand dieser Konferenz. Sie geht der Frage nach, wie dieser Rückstand bei privaten und öffentlichen Investitionen zu beseitigen ist.

Die Positionen der IG Metall tragen Detlef Wetzel und Wolfgang Lemb vor. Betriebsratsvorsitzende führender Unternehmen der Metall- und Elektroindustrie diskutieren mit Wissenschaftlern und Politikverantwortlichen über die Notwendigkeit einer Neuausrichtung der Investitionspolitik unter dem Gesichtspunkt sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit.

➤ Anmeldungen über sarah.menacher@igmetall.de

Veröffentlichung

STARKES EUROPA – NUR MIT PRODUKTION UND INDUSTRIE

Europa hat ein massives Problem mit seiner Industrie, die in vielen Ländern ihre Wettbewerbsfähigkeit verloren hat. Die Folge: hohe Arbeitslosigkeit und De-Industrialisierung. Staaten mit einer starken Industrie stehen dagegen deutlich besser da. Die unterschiedliche Situation in den einzelnen EU-Ländern beleuchten die zehn Beiträge dieses Buchs. Seine Autoren plädieren für eine durchdachte Industriepolitik. Diese muss an den spezifischen nation-



nalen Bedingungen ansetzen und zugleich in ein europäisches Gesamtkonzept eingebettet sein. Ohne dieses Gesamtkonzept wird es keine Re-Industrialisierung geben, da sind sich die Autoren des Bandes einig.

➤ Starkes Europa – nur mit Produktion und Industrie, Hrsg. Frank Gerlach, Marc Schietinger, Astrid Ziegler, Schüren-Verlag, Marburg 2015

Impressum

Herausgeber: IG Metall Vorstand, VBo4, 60329 Frankfurt/Main
 Verantwortlich: Wolfgang Lemb
 Redaktion: Astrid Ziegler, Peter Kern, Angelika Thomas, Sascha Tremel
 Textbearbeitung, Satz und Layout: Agentur WAHLE & WOLF
 Fotos: Siemens AG, PantherMedia, Fotolia
 Kontakt und Bestellung: sarah.menacher@igmetall.de
 Datum: 4/2015